

**Bettina Gaus, Politische Korrespondentin, *die tageszeitung (taz)*, Berlin**

## **Zäsuren einer Demokratie: Entwicklungslinien der Bundesrepublik seit 1949**

*(Vortrag am 28.6.2009 auf der internationalen Konferenz „60 Jahre ein anderes Deutschland. Eine Bestandsaufnahme 20 Jahre nach dem Mauerfall.“ Veranstalter von der Heinrich Böll Stiftung, Israel und dem Zentrum für Europäische Studien am Interdisciplinary Center Herzliya)*

Dass Geschichtsbetrachtung eine subjektive Wissenschaft ist, ist keine sonderlich neue Erkenntnis – aber wie subjektiv, das wurde mir (und vielen anderen politisch interessierten Deutschen) vor einigen Wochen wieder einmal auf drastische und zugleich durchaus ironische Weise vor Augen geführt: Da wurde, wie Sie vielleicht gehört haben, bekannt, dass Karl-Heinz Kurras jahrelang Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, kurz „Stasi“ genannt, gewesen ist und außerdem Mitglied der dortigen Einheitspartei SED.

Kurras war der Westberliner Polizist, der am 2. Juni 1967 am Rande einer Demonstration gegen den persischen Schah Benno Ohnesorg erschoss. Der Name des getöteten jungen Mannes ist bis heute unauflöslich mit der Geschichte der westdeutschen Studentenbewegung und später leider auch mit terroristischen Organisationen verknüpft, die ihre Taten damit rechtfertigten, Rache für den Tod von Ohnesorg nehmen zu wollen.

Als ich die Nachricht von der Stasi-Mitarbeit des Herrn Kurras hörte, habe ich spontan laut gelacht und – nicht streng rational-analytisch, aber tief empfunden – so etwas gedacht wie: „Recht geschieht ihnen“. Mit „ihnen“ meinte ich jene reaktionären Kreise in Westdeutschland und Westberlin, die es Kurras erlaubt hatten, Beweismittel für einen möglicherweise gezielten Mord verschwinden zu lassen und den Polizisten in zwei Prozessen mit – wie ich bis heute finde – so unfassbar dürftigen Begründungen freizusprechen, dass sie in meinen Augen den Tatbestand der Rechtsbeugung erfüllen.

Erst dieser Zynismus einer eben nicht so unabhängigen Justiz hat meiner festen Überzeugung nach zur Radikalisierung der Studentenbewegung geführt und zur späteren Gewaltbereitschaft von einigen ihrer Mitglieder. Wenn „die“ – also jene reaktionären Kreise – nur gewusst hätten, wen sie in der Person von Karl-Heinz Kurras schützten! Wer von denen heute noch lebt, muss jetzt schamrot werden. Dachte ich.

Die alten und neuen Gegner der Studentenbewegung dachten, wie ich wenig später Medien wie der FAZ und dem Spiegel entnehmen konnte, ganz anders. Sie waren der Meinung, die Schamröte müsse nun den ehemaligen Anhängern der Studentenbewegung ins Gesicht steigen. Weil doch jetzt der – aus ihrer Sicht – unwiderlegbare Beweis dafür erbracht ist, dass eben nicht reaktionäre westdeutsche Kräfte, sondern eine Fernsteuerung aus dem sozialistischen Osten für alle Übel der alten Bundesrepublik verantwortlich war. Und weil die damaligen Kritiker der Verhältnisse doch spätestens jetzt begreifen müssten, dass sie in ihrer Verblendung den Feind niemals dort sahen, wo er tatsächlich zu finden war.

Eine halbe Stunde, die mir für meinen Vortrag über ein ja doch sehr umfangreiches Thema bleibt, ist allzu kurz, um diesen einzelnen Aspekt der westdeutschen Nachkriegsgeschichte vertiefend zu erörtern. Aber der – angesichts des großen zeitlichen

Abstands erstaunlich erbittert - geführte Streit über Karl-Heinz Kurras eignet sich besonders gut, um die Problematik lebendig werden zu lassen, die entsteht, wenn man über „Zäsuren einer Demokratie“ sprechen möchte. Die Schönheit – und auch die Scheußlichkeit – liegt eben im Auge des Betrachters. Nicht nur in diesem Fall.

Die Schwierigkeit beginnt ja schon bei der Auswahl der „Zäsuren“. Wenn man nur drei nennen dürfte: Würde man dann unbedingt erwähnen wollen, dass 1969 mit Willy Brandt ein aktiver Widerstandskämpfer in der Zeit des Nationalsozialismus zum Bundeskanzler gewählt wurde, und würde man dafür andere wichtige Daten außer acht lassen? Oder würde man den Römischen Verträgen größere Bedeutung einräumen, die 1957 den Beginn einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik begründeten und zur Frühgeschichte der heutigen Europäischen Union gehören? Müssten vielleicht gar Entscheidungen genannt werden, die gar nicht in Deutschland selbst gefallen sind, wie die für Marshall-Plan und Luftbrücke, also jene umfangreichen Hilfsmaßnahmen der USA für Westeuropa, für die westlichen Besatzungszonen und Westberlin, die eine eindeutige Westbindung der Bundesrepublik wegen der Dankbarkeit der betroffenen Deutschen später überhaupt erst politisch ermöglichte?

Wobei natürlich auch über diese Interpretation trefflich gestritten werden kann. Bis heute ist ja nicht einmal die Kontroverse darüber beigelegt, ob die Stalin-Noten von 1952, in denen die Sowjetunion den Westmächten Verhandlungen über die Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands anbot, ernst gemeint waren oder nicht.

Immerhin: Es gibt Entwicklungen und Ereignisse, die unbestreitbar sind, und zwar unabhängig davon, welche politische Grundhaltung man einnimmt und was man an der Bundesrepublik kritisiert. Wahrscheinlich ist das übrigens eine der notwendigen Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie: dass es nämlich einen kleinsten gemeinsamen Nenner der gesamten dort lebenden Bevölkerung gibt.

Zu den unbestreitbaren Tatsachen gehört: Der 60. Geburtstag der Bundesrepublik vor ein paar Wochen wurde mit einem großen Volksfest gefeiert – und nicht etwa mit einer Militärparade. Und außerdem mit relativ wenig Pathos. In meinen Augen ist das mehr Anlass zu Vertrauen in einen Staat und ein Gemeinwesen als noch so schöne Sonntagsreden.

Bei der Gründung der Bundesrepublik 1949 konnte der größte Teil der übrigen Welt sich ein demokratisches Deutschland nicht vorstellen, so sorgfältig die Verfassung - das Grundgesetz – und ihre Freiheitsrechte auch formuliert waren. Das Misstrauen gegen eine Nation saß tief, die zweimal im 20. Jahrhundert für den Ausbruch eines Weltkrieges verantwortlich gewesen war und systematisch versucht hatte, die Juden Europas auszurotten.

Noch jahrzehntelang sollte dieses Misstrauen, ungeachtet aller wechselseitigen Freundschaftsbeteuerungen, eine wesentliche Rolle in politischen Außenbeziehungen spielen. (Wenn das denn nicht sogar noch heute der Fall ist.) Das zeigte sich spätestens während des Prozesses der deutschen Wiedervereinigung, dem zunächst mindestens Frankreich und Großbritannien ablehnend gegenüberstanden, weil sie ein allzu starkes Deutschland fürchteten.

War diese Furcht berechtigt? Und lag sie ausschließlich - oder doch wenigstens überwiegend - in der Sorge begründet, ein größeres Deutschland würde den Einfluss der beiden genannten Staaten innerhalb der Europäischen Union schmälern? Oder wurde in

diesem Zusammenhang ein weiteres Mal die Erinnerung an den Nationalsozialismus lebendig und an ein Volk, das dieser Ideologie in seiner Mehrheit einmal begeistert zugejubelt hatte?

Schwer zu sagen. Vielleicht sogar für jene, die das Misstrauen empfanden. Was sich hingegen leicht feststellen lässt: 1949, also bei der Gründung der Bundesrepublik, gab es allen Anlass zu Misstrauen. Allzu schnell hatte die Mehrheit der Deutschen sich darauf verständigt, von nationalsozialistischen Verbrechen „nichts gewusst“ zu haben und von einem einzelnen Mann – Adolf Hitler – „verführt“ worden zu sein. Die meisten Individuen hatten mit dem Terrorregime in der eigenen Wahrnehmung „nichts zu tun“, sahen sich selbst als dessen Opfer – Stichworte: Kriegstote, Zerstörungen, Vertreibungen – und lehnten es ab, Verantwortung für etwas zu übernehmen, dem sie aus ihrer Sicht seinerzeit ohnmächtig gegenüberstanden.

So billig und falsch uns Nachgeborenen – weltweit - eine solche Deutung der Geschichte erscheinen mag: Die Deutschen sind nicht die einzige Nation, deren Angehörige versuchen, sich mit dem Hinweis auf „Umstände“ von persönlicher Schuld freizusprechen, mögen diese Umstände nun in geschickter Manipulation oder in äußerer Bedrohung bestehen. Die Mechanismen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Bundesrepublik wirksam wurden, sind keine deutsche Erfindung. In Israel sage ich das zugleich zögernd – und mit besonderem Nachdruck

Die Sehnsucht nach kollektiver Rehabilitierung ermöglichte es Leuten in der Bundesrepublik, die keineswegs unschuldig waren, im Schatten dieser Stimmung erneut zu geachteten, einflussreichen Mitgliedern der Gesellschaft aufzusteigen. Das wohl berühmteste Beispiel der Nachkriegszeit: Hans Globke. Der offizielle Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, in denen die vermeintliche „Ungleichheit“ der „Rassen“ festgeschrieben wurde, war vom ersten deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer zum Staatssekretär ernannt worden.

Auch über Adenauer selbst und seine Haltung zum Dritten Reich wird bis heute gestritten. Der ehemalige Zentrumspolitiker war gewiss kein Freund des Dritten Reiches. Mehrfach wurde er verhaftet, und er überstand das Terrorregime nur, weil er äußerst zurückgezogen lebte. Aber Adenauer war dennoch kein Widerstandskämpfer wie Willy Brandt es gewesen war. Er hat es geschafft, sich in der Zeit des Nationalsozialismus „irgendwie“ durchzulavieren. Durchaus couragierter als die meisten, aber eben kein Held.

Der alte Mann wurde somit zum geradezu idealen Kanzler der jungen Republik: Kein Verbrecher, kein Held. Mit diesem Bild – und mit diesem Selbstbild – konnten die meisten Deutschen leben. Den Begriff der „inneren Emigration“, angewandt auf Adenauer, nahmen auch viele andere gerne für sich in Anspruch. Er besagte, in Kürze: Man hat ja nichts tun können, aber man hat doch wenigstens nicht mitgemacht.

Wäre ein anderer Kanzler zu diesem Zeitpunkt vorstellbar gewesen? Anders gefragt: Hätte die Bevölkerung der Bundesrepublik einen Mann – oder eine Frau – akzeptiert, die ohne Fehl und Tadel gewesen wären, womöglich aus Solidarität mit den Verfolgten des Nationalsozialismus selbst in einem Konzentrationslager nur knapp dem Tode entronnen wären? Ich bezweifle das. Es ist bitter, aber, wie ich glaube, wahr: Nur ein Mann mit einer Biographie, wie Adenauer sie hatte, ermöglichte es den Deutschen seinerzeit, mit sich selbst ins Reine zu kommen.

Das mag man verachten – ich habe dafür viel Verständnis – aber ich kann die Geschichte

nicht im Rückblick so verändern, dass sie mir gefällt. Deshalb sage ich: Adenauer hat vermutlich mehr zur Identitätsbildung der Westdeutschen nach dem Krieg beigetragen als aktive Widerstandskämpfer das seinerzeit vermocht hätten. Weil diese Widerstandskämpfer eben das schlechte Gewissen vieler Deutscher in einer Weise aktiviert hätten, die – als Gegenreaktion – Aggression provoziert hätte. Und somit eine ohnehin bestehende Spaltung der Gesellschaft weiter vertieft hätten.

In die Regierungszeit von Konrad Adenauer fielen die Entscheidungen, die bis heute die wesentlichen Koordinaten der deutschen Politik bilden: Die Westbindung, der Antikommunismus, die Anfänge der Europapolitik. Was damals vor allem bedeutete: die deutsch-französische Aussöhnung. Und, durchaus auch: die Fähigkeit zur Diplomatie und zu Verhandlungen mit Staaten, die im gegnerischen oder gar „feindlichen“ Lager standen. Die Tatsache, dass Adenauer die Sowjetunion dazu brachte, eine große Zahl deutscher Kriegsgefangener des Zweiten Weltkrieges freizulassen, wurde nach seinem Tod in einer Umfrage von der Mehrheit der westdeutschen Befragten als seine größte Leistung bezeichnet.

Was außerdem zur Adenauer-Ära gehört: Die deutsche Wiederbewaffnung. Am 9. Mai 1955 trat die Bundesrepublik der Nato bei, am 12. November wurden die ersten Freiwilligen der Bundeswehr vereidigt. Vorangegangen war eine so erbitterte innenpolitische Auseinandersetzung, dass es mich – im historischen Rückblick – gelegentlich wunder nimmt, dass die 68er Bewegung als erste Protestbewegung der Bundesrepublik gilt.

Es ist wahr: Die Studentendemonstrationen verfolgten umfassendere Ziele. Die Gesellschaft als Ganzes sollte von Grund auf verändert werden. Das war das Anliegen der Wiederbewaffnungsgegner nicht. Aber der Widerstand gegen das, was diese Gegner der Wiederbewaffnung als „Remilitarisierung“ bezeichneten, war so groß, dass ich es merkwürdig finde, dass – gerade unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten – ihnen heute kaum mehr als eine Fußnote in der Geschichtsschreibung eingeräumt wird.

Zumal die Folgen ihrer Niederlage bis heute spürbar sind. Die Wehrmacht konnte sich meiner Ansicht nach nur deshalb als „unbelastete Organisation“ etablieren, - also als staatliche Institution, deren Angehörige nicht stärker verantwortlich waren oder sind für die Verbrechen des jeweiligen Regimes, dem sie dienten, als Armeen anderer Länder das auch waren oder sind, - weil dieser „Freispruch“ eine notwendige Voraussetzung für den Beitritt zum westlichen Verteidigungsbündnis war. „Ich glaube, dass mir die Nato 18jährige Generäle nicht abnehmen wird“, erklärte Adenauer süffisant – und rechtfertigte damit die Aufnahme einstiger Wehrmachtsoffiziere in die Bundeswehr.

Wenn wir über die Integration ehemaliger Nationalsozialisten in die westdeutsche Gesellschaft reden – oder zumindest über die Integration von Leuten, denen das abstrakte Prinzip der Autorität wichtiger war als die Frage, welcher Autorität sie eigentlich dienten – dann spielt dieses Zitat eine wichtige Rolle. Immerhin lehnten noch 1952 in einer Umfrage 60 Prozent aller ehemaligen Berufssoldaten das Vorgehen der Hitler-Attentäter vom 20. Juli strikt ab. Und einige von diesen Soldaten sollten nun ein demokratisches Deutschland verteidigen.

Dieser Widerspruch wirft ein deutliches Licht auf die Probleme beim Aufbau von Staat und Gesellschaft nach dem Krieg. Wann wurde die Demokratie für die Bevölkerung der Bundesrepublik eine Selbstverständlichkeit? War das bereits der Fall, als Adenauer 1963 als Bundeskanzler zurücktrat?

Wenn ich mir Umfragen meiner Landsleute aus der damaligen Zeit anschau, dann kommen mir Zweifel. Sie waren mehrheitlich für die Todesstrafe. Sie hielten gar nichts vom Demonstrationsrecht. Und in der im westdeutschen Grundgesetz verankerten Eigentumsbindung – die besagt, dass „Eigentum“ im Hinblick auf das Gemeinwohl „verpflichtet“ - vermuteten sie einen Artikel der DDR-Verfassung.

Aber ist das alles ein Beleg für fehlendes demokratisches Bewusstsein der Westdeutschen? Immerhin wird in den USA die Todesstrafe bis heute vollstreckt. Und von der Sozialbindung des Eigentums in den Vereinigten Staaten hört man auch nicht allzu viel. Die Frage, was eigentlich eine Demokratie ist und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, gehört wohl zu den am heftigsten umstrittenen Fragen in vielen Ländern – so weit ich weiß, auch in Israel. Vielleicht können wir ja darüber noch nach dem Vortrag reden.

Zwei wichtige politische Entwicklungen bzw. Ereignisse, die in die Regierungszeit von Konrad Adenauer fielen, sollen noch erwähnt werden. Erstens: Der rasante wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik führte zu Vollbeschäftigung und zu einem Mangel an gering qualifizierten Arbeitskräften. Seit den 50er Jahren, verstärkt in den 60er Jahren wurden Arbeitskräfte aus Italien, Jugoslawien und Spanien, später auch aus der Türkei und Portugal angeworben. Während dies zunächst eine ausschließlich ökonomische Frage zu sein schien, wurden die Folgen dieser Politik immer mehr ein gesellschaftspolitisches Problem, das bis heute nicht gelöst ist: Wie „deutsch“ sind die Nachkommen der Anwerbepolitik? In der zweiten oder dritten Generation? Mit oder ohne deutschen Pass? Das ist – und bleibt – eine der wichtigen, offenen Fragen der alten und der neuen Bundesrepublik.

Die Identitätsprobleme, die sich daraus ergeben, reichen bis in die Gegenwart hinein. Und sind - überall, aber vielleicht gerade in Israel - besonders schwer zu beantworten: Muss ein 25jähriger gebürtiger Türke, der vor fünf Jahren deutscher Staatsbürger wurde, Auschwitz als Teil seiner Geschichte sehen? Oder nicht? Und wenn nicht: Bedeutet dies dann, dass er doch nicht „so richtig deutsch“ ist? Weil für „richtiges Deutschsein“ ein Rückblick auf mehrere Generationen unabdingbar ist? Ein kompliziertes Thema - vor allem dann, wenn man Staatszugehörigkeit nicht ausschließlich historisch, religiös oder gar rassistisch definieren möchte.

Letztes Ereignis der Adenauer-Ära, auf das ich zu sprechen kommen möchte: 1961 errichtete die DDR die „Mauer“. Mit diesem Grenzwall – wie auch immer man seine Voraussetzungen interpretiert – war die Hoffnung auf eine undramatische deutsche Wiedervereinigung auf Jahrzehnte hinaus zerstört. Von Stund an und über viele Jahre hinweg ging es in den innerdeutschen Beziehungen fast ausschließlich noch um die Frage, wie menschliche Erleichterungen in beiden deutschen Staaten, vor allem im Hinblick auf Familienzusammenführung, erreicht werden konnte. Die berühmte Formel „Wandel durch Annäherung“, die Brandt-Berater Egon Bahr erstmals im Juli 1963 benutzte, bestimmte die westdeutsche Politik bis zur Wiedervereinigung – und zwar ganz unabhängig davon, welche Partei gerade den Kanzler stellte.

Habe ich im Hinblick auf die Ära Adenauer etwas Wichtiges unerwähnt gelassen? Bestimmt. Sie ist allzu prägend gewesen, als dass ich mir zutraute, sie in wenigen Minuten umfassend beschreiben zu können. Seine unmittelbaren Nachfolger, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, gelten als glücklose Bundeskanzler. Dem Wirtschaftsfachmann Ludwig Erhard, in dessen Regierungszeit übrigens 1965 die Aufnahme diplomatischer

Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel fiel, wird immerhin als so genanntem Vater der sozialen Marktwirtschaft ein ehrendes Andenken bewahrt – ironischerweise umso mehr, je mehr das „soziale“ Element der Marktwirtschaft ausgehöhlt wird, seit also Kürzungen der Sozialleistungen in einem früher unvorstellbaren Ausmaß beschlossen wurden, und das auch noch ausgerechnet unter einem sozialdemokratischen Kanzler: nämlich Gerhard Schröder. Aber ich greife vor.

Das ehemalige NSDAP-Mitglied Kurt Georg Kiesinger regierte als Kanzler einer Großen Koalition – zum ersten Mal seit Kriegsende waren die Sozialdemokraten im Kabinett vertreten, nachdem die FDP ihre Minister wegen eines Haushaltsstreits zurückgezogen hatten und die Unionsfraktion – also CDU und bayerische CSU – im Zuge des Koalitionswechsels nicht mehr auf Erhard, sondern auf Kiesinger setzten. Dessen NS-Vergangenheit wurde von führenden Intellektuellen wie dem Schriftsteller Heinrich Böll und dem Philosophen Karl Jaspers als Hinweis auf eine unbewältigte deutsche Vergangenheit gesehen.

Die Studentenbewegung, die ja keine deutsche Besonderheit war, sondern auch in anderen Ländern wie den USA und Frankreich eine große Rolle spielte, hätte vermutlich auch ohne Kiesinger Zulauf gefunden, aber der Bundeskanzler eignete sich besonders gut als Feindbild. Zumal in seine Regierungszeit 1968 die Verabschiedung der heiß umstrittenen Notstandsgesetze fiel, die eine Einschränkung von Grundrechten in Krisensituationen vorsah. Kritiker, vor allem der außerparlamentarischen Opposition (abgekürzt: APO), befürchteten eine Neuauflage des nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetzes von 1933, die das Parlament entmachtet und die Diktatur gefestigt hatten.

Die Studentenbewegung erreichte 1967 und 1968 ihren Höhepunkt. Wie aufgeheizt die Stimmung gegen die protestierenden jungen Leute war, zeigte sich auf furchtbare Weise am 11. April 1968: Da schoss ein junger Hilfsarbeiter auf den Studentenführer Rudi Dutschke und verletzte ihn so schwer, dass er zunächst nur knapp überlebte und 1979 an den Spätfolgen des Attentats starb. Viele Studenten machten die mächtige Springer-Presse für den Mordversuch verantwortlich, die zuvor monatelang gegen die Demonstranten agitiert hatte und dabei – fast unverhohlen – auch zur Gewalt aufgerufen hatte.

Wenn heute von der Studentenbewegung die Rede ist, dann folgt fast unvermeidlich der Hinweis auf den Terrorismus der 70er Jahre, dem mehrere Politiker, Wirtschaftsführer, Angestellte und auch Soldaten zum Opfer fielen. Es ist wahr: Einige der späteren Mitglieder der Rote-Armee-Fraktion waren bereits in der Studentenbewegung aktiv gewesen, und der Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse gründete auf einem ähnlichen theoretischen Gerüst.

Aber dennoch halte ich es für eine wirklich dramatische Form der Geschichtsklitterei, die Folgen der Jugendproteste auf den Terrorismus zu verkürzen. Das Gegenteil ist meiner Ansicht nach richtig: Nichts anderes hat die Gesellschaft auf derart nachhaltige Weise verändert und demokratisiert wie diese Bewegung.

Die Frage, ob diese Veränderungen unausweichlich auch ohne Studentenbewegung gekommen wären, – weil, um nur ein Beispiel zu nennen die Erfindung der Anti-Baby-Pille die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und die Moralvorstellungen veränderte – diese Frage ist müßig. Es hat die Bewegung nun einmal gegeben, und sie wurde zum Initialzündler für Wandel auf vielen Ebenen.

Die gründliche Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, endlich auch an den Schulen, ist nur einer der Punkte, die erwähnt werden müssen. Wie gesagt: Vielleicht wäre es auch ohne Studentenbewegung dazu gekommen. Es ist leichter, sich mit der Schuld der Väter und Mütter auseinanderzusetzen als mit der eigenen und deshalb kaum erstaunlich, dass erst die Nachkriegskinder die Kraft dafür aufbrachten. Aber diejenigen, die dafür kämpften, sahen sich durchaus in der Tradition der 68er, ebenso wie die Anhänger der verschiedenen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre: der Frauenbewegung, der Friedensbewegung, der Anti-Atomkraft-Bewegung.

Rudi Dutschke hatte einst den „Marsch durch die Institutionen“ als Ziel propagiert, also dazu aufgefordert, langfristig Schlüsselpositionen in Politik und Gesellschaft zu besetzen und so diese Institutionen im Sinne der Protestbewegung zu verändern. Die Strategie konnte spätestens dann als erfolgreich bezeichnet werden, als 1998 der ehemalige 68er und spätere Politiker der Grünen, Joschka Fischer, Außenminister der Bundesrepublik wurde. Wer sich allerdings den erstaunlichen Wandel der politischen Positionen des einstigen Radikalen anschaut – bis hin zu einer Unterstützung des völkerrechtswidrigen Krieges gegen Jugoslawien um das Kosovo – der kommt um die Frage nicht herum, wer nun wen mehr verändert hat: Die neuen Würdenträger die Institutionen – oder umgekehrt.

Auch die Gründung der Grünen, ihr Einzug in den Bundestag 1983 – damals noch als Fanal gesehen und ein Schrecken für das etablierte Bürgertum – und schließlich ihr Wandel zu einer moderaten – um nicht zu sagen: opportunistischen – bürgerlichen Partei hat ihre Wurzeln in der Studentenbewegung. Mir persönlich gefallen die weich gespülten Grünen nicht. Aber ich denke, im Hinblick auf Demokratisierung war die Erfahrung hilfreich, dass auch scheinbar radikale Positionen Elemente enthalten können, die wenig später von der Gesamtgesellschaft als nützlich betrachtet werden. Stichwort in diesem Zusammenhang beispielsweise: Umweltschutz. Es gibt heute wohl keinen nennenswerten Teil der Bevölkerung mehr, der den Grünen abspricht, eine wichtige Rolle im politischen Gesamtgefüge zu spielen. Ob das für oder gegen die Partei spricht, hängt vom Blickwinkel ab.

Zurück in die späten 60er Jahre. Die Forderungen nach Reformen wurden auch in den Reihen gemäßiger Liberaler lauter, das Klima veränderte sich. 1969 bildeten nach den Bundestagswahlen SPD und FDP eine Koalition, Willy Brandt wurde zum Kanzler gewählt. Er war und ist bis heute der einzige deutsche Regierungschef der Nachkriegszeit, der von großen Teilen jener jüngeren Leute idealisiert wurde, die dem System als Ganzem eher kritisch gegenüberstanden. Seine Losung „mehr Demokratie wagen“ wurde zum Symbol der Hoffnung für viele, die die bestehenden Verhältnisse als verkrustet empfanden. Innenpolitisch löste die sozialliberale Koalition viele der Hoffnungen ein: Das Ehe- und Familienrecht wurde im Hinblick auf Gleichberechtigung der Frau reformiert, das Strafrecht liberalisiert, das Verbot der Homosexualität wurde aufgehoben, die Strafbarkeit von Abtreibungen – nach äußerst heftigen, innenpolitischen Kontroversen – modifiziert. Außenpolitisch ging Brandt neue Wege und bemühte sich, mit den so genannten „Ostverträgen“ eine Normalisierung der Beziehungen zum Ostblock und vor allem auch zum anderen deutschen Staat zu erreichen – damals begleitet von wütenden Protesten der konservativen Opposition, die darin eine Art Vaterlandsverrat sahen und Brandt vorwarfen, das Ziel der deutschen Wiedervereinigung aufgegeben zu haben. Die Oder-Neiße-Linie wurde als Westgrenze Polens anerkannt, auf Gebietsansprüche wurde verzichtet.

Bei einer Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Aufstands im Warschauer

Ghetto fiel der ehemalige Widerstandskämpfer Brandt auf die Knie, um der Toten zu gedenken – das Bild davon gehört bis heute zu den berühmtesten Dokumenten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Nur wenige Monate lagen zwischen diesem Ereignis 1970 und der Zeit, in der mit Kiesinger ein ehemaliges NSDAP-Mitglied Bundeskanzler gewesen war – aber ein weiter Weg war zurückgelegt worden.

Brandt stützt sich auf eine nur äußerst knappe Mehrheit im Parlament. Ein – gescheiterter – Versuch der Opposition, ihn 1972 mit einem konstruktiven Misstrauensvotum zu Fall zu bringen, wurde vor allem vom linksliberalen Teil der Öffentlichkeit fast als Staatsstreich betrachtet. Bei den wenig später angesetzten Neuwahlen wurden die Sozialdemokraten erstmals stärkste Fraktion im Bundestag, die Koalition war gestärkt. Aber das Ende der Ära Brandt war nahe: 1974 wurde Günter Guillaume, ein enger Mitarbeiter von Willy Brandt im Kanzleramt, als DDR-Spion enttarnt – der Kanzler, der sich wie kein anderer um eine Normalisierung der Beziehungen zum Osten bemüht und der dafür 1971 den Friedensnobelpreis erhalten hatte, trat zurück.

Sein Nachfolger: Helmut Schmidt. Zweimal – 1976 und 1980 - gewann er die Bundestagswahlen. Bis heute genießt der über 90jährige großes Ansehen, ironischerweise übrigens nicht zuletzt in konservativen Kreisen, die ihm schon während seiner Regierungszeit bescheinigt hatten, ein „guter Mann“ zu sein, der nur leider der falschen Partei – nämlich den Sozialdemokraten – angehörte. Das sahen viele Wählerinnen und Wähler der SPD ähnlich, sie meinten es nur nicht positiv. Der Doppelbeschluss der Nato, der als Antwort auf die Stationierung neuer sowjetischer Raketen die Stationierung eines neuen Typs von US-Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa begründete, stieß auch in der SPD auf Widerstand und führte zu einem Erstarren der Friedensbewegung. Millionen demonstrierten gegen das, was sie als Kriegsgefahr sahen – vergeblich. Die Regierung Schmidt hielt am Doppelbeschluss fest.

Zu Fall gebracht wurde sie 1982 und zwar nicht durch äußere Einflüsse, sondern von innen: Die FDP verließ die Koalition wegen Differenzen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung. Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl mit Hilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums vom Bundestag zum neuen Kanzler gewählt. Er sollte länger regieren als jeder seiner Vorgänger und bisherigen Nachfolger. Es begann eine Zeit, die viele Leute mit meiner politischen Grundhaltung als „bleiern“ empfanden.

Wir haben Kohl lange nicht ernst genommen. Provinziell, unbeholfen, tumb erschien er uns, der Spitzname „Birne“ schien ihn hinreichend zu charakterisieren, um ihn achselzuckend und spöttisch als Übergangserscheinung abtun zu können. Seine Ankündigung, die „geistige und moralische Wende“ herbeiführen zu wollen, erschien uns nicht bedrohlich, sondern lächerlich. Wir haben uns getäuscht. Wir haben sowohl seinen Wunsch nach Macht als auch seine Fähigkeit, sie festigen zu können, dramatisch unterschätzt.

Eine Restauration konservativer Werte – jedenfalls, was Kohl darunter verstand - , die Aushöhlung des Asylrechts, die Remilitarisierung der Außenpolitik – also der Glaube, politische Probleme ließen sich mit militärischen Mitteln lösen -: all das fällt in seine Regierungszeit. 1985 legte er gemeinsam mit US-Präsident Ronald Reagan einen Kranz auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg nieder, was zu einem Aufschrei der Empörung in den Reihen seiner Kritiker führte, weil dort auch Angehörige der Waffen-SS beerdigt sind. Als erster deutscher Bundeskanzler hielt er am 24. Januar 1984 eine Rede vor der Knesset und sprach dort im Hinblick auf seinen Geburtsjahrgang 1930 von der „Gnade der späten

Geburt“.

Die Wendung stammte nicht von ihm, sondern sein Redenschreiber hat sie meinem Vater entwendet, dem Diplomaten und Publizisten Günter Gaus. Bis zu seinem Tod 2004 hat ihn das geschmerzt – nicht etwa deshalb, weil Kohl die Quelle nicht genannt, sondern weil er sie sinnentstellend benutzt hatte. Was mein Vater gemeint hatte, möchte ich hier – wenn Sie erlauben – knapp zitieren:

*Wäre ich nicht 1929 geboren worden, sondern zehn Jahre früher – wie hätte ich mich denn verhalten als Scherge in Bergen-Belsen? Oder, dieses Entsetzen drang etwas später in mein Bewußtsein, an der Rampe in Auschwitz? Könnte ich meine Hand für mich ins Feuer legen?*

*Helmut Kohl hat das Wort von der Gnade der späten Geburt in einer Rede in Israel benutzt, als sei es von ihm (...) nicht nur entlehnt, sondern auch falsch verstanden, und als Text eines Ablaßzettels mißbraucht. Statt dessen sollte sie (die Metapher) in streng lutherischem Sinne eine Gnade bezeichnen, die keine Schuld tilgt, nicht erworben werden kann, sondern unverdient gewährt wird.*

Ende des Zitats.

Als Helmut Kohl 1998 – für mein Verständnis: endlich! - abgewählt wurde, gab es erwachsene Deutsche, die sich nicht mehr an einen anderen Kanzler erinnern konnten. Er selbst erweckte den Eindruck, den Abschied vom Amt gar nicht an sich heranlassen zu wollen. Seinen Nachfolger Gerhard Schröder bat er, noch einige Zeit im Kanzlerbungalow bleiben zu dürfen – und wohnte dann dort noch monatelang. Ein in meinen Augen skurriler Vorgang.

Ich habe, Sie merken es, große Vorbehalte gegen Helmut Kohl, und ich hätte sie selbst dann, wenn sich nicht im Zuge einer CDU-Spendenaffäre kurz nach der Wahl herausgestellt hätte, dass er offenbar glaubte und glaubt, über dem Gesetz zu stehen. Dennoch gibt es zwei wichtige Verdienste, von denen ich meine, dass auch seine schärfsten Kritiker sie ihm nicht absprechen können.

In die Geschichte eingehen wird er wohl als „Kanzler der Einheit“. Der Fall der Mauer am 9. November 1989 war eine Folge des inneren Zerfalls des Ostblocks und eines Kurswechsels der sowjetischen Politik, nicht das Ergebnis sorgfältiger strategischer Planung in Bonn. Daraus ist der westdeutschen Regierung kein Vorwurf zu machen – ich kenne niemanden, der glaubwürdig von sich behaupten kann, diese Entwicklung vorhergesehen zu haben. Was Kohl vermochte und was eine unbestreitbar große Leistung war: Er wusste die Gunst der Stunde zu nutzen. In Verhandlungen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, insbesondere mit dem damaligen sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, gelang es ihm, die Zustimmung des Auslands zur deutschen Vereinigung zu erreichen. Das war – und ist – allen Schwierigkeiten und Problemen zum Trotz ein großes Glück für mein Land.

Es war übrigens, beiseite gesprochen, auch ein Glück für Helmut Kohl: Ende der 80er Jahre war auch der innerparteiliche Widerstand gegen ihn gewachsen. Vermutlich verdankt er es nur der Vereinigung und den Stimmen der Ostdeutschen, dass er 1990 und 1994 in weiteren Bundestagswahlen in seinem Amt bestätigt wurde.

Das zweite Verdienst von Helmut Kohl: Er hat, wie kaum ein anderer, den Prozess der europäischen Integration vorangetrieben. Kohl mag ein Reaktionär sein, gelegentlich

auch fürchterlich deutschtümelnd – aber zugleich war ihm die Vision eines vereinten Europa stets ein persönliches Anliegen, und das gilt vermutlich noch heute. Einer der vielen Widersprüche der deutschen Geschichte.

Mit der Bildung der ersten rot-grünen Bundesregierung in der Geschichte verbanden viele ihrer Wählerinnen und Wähler die Hoffnung auf frischen Wind, auf Reformen, auf Weltoffenheit. Beim Amtsantritt von Willy Brandt war ich zu jung, um daran eine eigene politische Erinnerung zu haben – aber nach allem, was ich gelesen habe, stelle ich mir die Stimmung seinerzeit ähnlich vor. Allerdings würden heute im Rückblick wohl nur wenige – so wie von der Regierung Brandt – sagen, dass ihre Hoffnungen sich wenigstens teilweise erfüllt haben.

Das ist nicht nur den Hauptprotagonisten anzulasten. Die äußeren Rahmenbedingungen waren schwierig. Die deutsche Einheit war teurer geworden als erwartet, die Sozialkassen waren leer. Ein schwerer Konflikt zwischen dem neuen Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem einstigen Rivalen und späteren Finanzminister Oskar Lafontaine gipfelte in dessen Rücktritt - und übrigens, Jahre später in dessen Übertritt zur SED-Nachfolgepartei PDS, die inzwischen „Die Linke“ heißt. Der Richtungsstreit innerhalb der Sozialdemokratie, der darin seinen dramatischsten Ausdruck fand, belastet die Partei bis heute.

Außenpolitisch sah sich die neue Koalition vor das Problem gestellt, dass die Nato-Verbündeten – vorneweg die USA – den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien um das Kosovo militärisch lösen wollten. Viele Wählerinnen und Wähler von rot-grün hatten der Regierung Kohl den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- in eine Interventionsarmee nachhaltig verübelt. Es schien ihnen der ultimative Verrat zu sein, dass nun ausgerechnet eine rot-grüne Regierung sich an einem Angriffskrieg ohne UN-Mandat beteiligen wollte.

Sie tat es dennoch – in einer Abwägung von außen- und innenpolitischen Interessen und Zwängen entschied sich die Regierung Schröder für eine Beteiligung am Kosovo-Krieg. Und, nach den Attentaten vom 11. September 2001, auch für „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA und für eine Beteiligung am Afghanistan-Krieg.

Die rot-grüne Bundesregierung löste durchaus einige ihrer Wahlversprechen ein: Sie beschloss den Ausstieg aus der Atomenergie, sie führte eine Öko-Steuer ein, sie modernisierte das Staatsbürgerrecht. Aber das genügte nicht, um die Enttäuschung viele ihrer Anhängerinnen und Anhänger aufzufangen. Zwar gelang es rot-grün bei den Bundestagswahlen 2002 noch einmal, eine knappe Mehrheit zu erringen – nicht zuletzt wegen der eindeutigen Ablehnung des von den USA vorbereiteten Krieges gegen den Irak - aber der Anfang vom Ende war eingeleitet. Die „Agenda 2010“, von Schröder 2003 vorgestellt, sah substantielle Kürzungen der Sozialleistungen vor und verärgerte somit auch jene Teile der Wählerschaft, die Fragen wie denen nach der Militarisierung der Außenpolitik und dem Umweltschutz eher distanziert gegenüberstanden, und die vor allem aus dem Lager der Gewerkschaften und der Industriearbeiter kamen.

Rot-grün war nicht mehr das „Projekt“ - ein hoffnungsvoller Begriff aus der Zeit der sozialen Bewegungen – sondern das kleinere Übel. Hinzu kam, dass Gerhard Schröder – anders als Willy Brandt – nicht als Visionär, sondern als Pragmatiker galt, der – freundlich formuliert – ein Problem mit Prinzipien hatte. So jemand ist wählbar, aber für so jemanden reißt man sich kein Bein aus.

Schröder selbst schien die Lust am Regieren verloren zu haben - er selbst war es, der Neuwahlen herbeiführte. Und diese, wenn auch überraschend knapp, verlor. Am 22. November 2005 wurde die CDU-Politikerin Angela Merkel zur Kanzlerin einer Großen Koalition gewählt: Die erste Frau in diesem Amt, die erste Ostdeutsche, die erste Kanzlerin, die niemals in der provisorischen Bundeshauptstadt Bonn, sondern stets in Berlin residierte. Wofür steht ihre Regierungszeit? Wo steht die Bundesrepublik heute? Das wird man abwarten müssen. Über Angela Merkel zu sprechen bedeutet nicht: einen historischen Abriss zu liefern, sondern: Tagespolitik zu erörtern. Das ist nicht mein Thema heute. Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine letzte persönliche Bemerkung: Ich finde die Politik der Bundesregierung derzeit manchmal richtig, meistens falsch – und fast immer sehr, sehr uninspiriert. Das aber ist kein grundsätzliches Problem einer Demokratie. Sondern eines der Kreativität.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.